Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 21. August 1999 110. Jahrgang Nr. 31.211

Duhalde präsentiert Verbündete

Der PJ-Kandidat für die Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober, Eduardo Duhalde, hat am Dienstag die „Concertación para el Cambio“ (Konzertierung für den Wechsel) präsentiert, eine Allianz im traditionellen Stil der Koalitionen, die der Justizialismus im Laufe seiner Geschichte für die großen Wahlen einging.

Die von Duhalde vorgestellte Konzertierung zeigt einen deutlichen Zentrum-Rechts-Drall, obwohl zwei nicht unbedeutende Parteien mit dieser Tendenz, Acción por la República von Domingo Cavallo und Nueva Dirigencia von Gustavo Beliz fehlen. Die Unión del Centro Democrático (UCeDé), der MODIN von Aldo Rico und PAIS von José Octavio Bordón sind die hauptsächlichen Teilhaber mit landesweiter Bedeutung, die in Duhaldes Konzertierung vertreten sind.

Wahlstrategisch könnten allerdings einige der angeschlossenen Provinzparteien, wie etwa der Movimiento Popular Neuquino, Regierungspartei in Neuquén, oder der Movimiento Popular Fuegino, scheidende Regierungspartei in Tierra del Fuego und der Partido del Progreso Social des Ex-Bürgermeisters von Rosario, Héctor Cavallero, entscheidender sein. Duhalde gab allerdings bei der Vorstellung der Konzertierung zu, dass die Mehrzahl der angeschlossenen Parteien „keine überwältigende“ Anzahl an Wählern hinter sich wissen.

Der PJ-Präsidentschaftskandidat versicherte jedoch, es seien keinesfalls die Stimmen der einzelnen Parteien ausschlaggebend, sondern ihre Konzertierung. Duhalde unterstrich, dass deren Vorstellung ein Start sei und man alle politischen Parteien einladen werde, sich vor dem 24. August anzuschließen. An diesem Tag endet die Frist für die Bildung von Allianzen für den Wahlkampf. Man werde sehen, wer sich der Konzertierung noch anschließen werde, erklärte Duhalde.

Gerichtshof lehnt Waffenfall ab

Skandal um Di Tella, Balza und Erman Gonzalez sollte auf Eis gelegt werden

Die Absicht der Regierung, dem Obersten Gerichtshof die Verfahren wegen der illegalen Waffenverkäufe an Ecuador und Kroatien abzuschliessen, wird aller Voraussicht nach von der Mehrheit der Richter des Tribunals abgelehnt werden. Die Entscheidung der Richter vom Mittwoch ist vier Monate vor Ende des Mandats von Präsident Carlos Menem ein unmissverständliches Signal, dass der Gerichtshof nicht gewillt ist, den Wünschen der Regierung nachzukommen. Aus der Einfrierung der Untersuchung, in die mehrere hochrangige Funktionäre und Ex-Funktionäre der Regierung verwickelt sind, wird also nichts.

Dieser Entscheidung hat eine andere als Vorläufer, in der sich mehrere Mitglieder des Tribunals ablehnend ausgesprochen hatten. Es handelt sich um einen „Habeas data“-Antrag zur Aufhellung des Verbleibs von zwei Verschwundenen deutschen Ursprungs während der Militärdiktatur und der Erlangung von eventuell im Besitz der deutschen Botschaft befindlichen Unterlagen. In diesem Fall hatte der Gerichtshof mit Mehrheit entschieden, dass die Intervention eines anderen Staates in einem Konflikt kein Grund für seine Zuständigkeit sei. Andere Richter des Tribunals lehnen auch seine Zuständigkeit im Waffenfall ab, allerdings mit anderen Argumenten, ähnlich jenen der Entscheidung des Richters Enrique Petracchi im Mai.

Der Schachzug der Regierung die Untersuchungen dem Tribunal zu überlassen, beruhte eben auf dem Argument der Intervention eines anderen Staates in der Affäre. Im März hatte der Handelsstrafrichter Marcelo Aguinsky entschieden, dem Obersten Gerichtshof eines der Verfahren im Zusammenhang mit dem illegalen Verkauf der Waffen einzureichen. Argument war, dass kroatische Regierungsbeamte an der Operation beteiligt waren.

Die Entscheidung Aguinsky war von einem Staatsanwalt und zwei Verteidigern beantragt worden und stimmte wie zufällig mit der Strategie der Regierung überein. Die Argumente waren seinerzeit, dass der Verkauf der Waffen nach Kroatien, was zwischen 1991 und 1995 geschah, als für das Land ein UN-Embargo angeordnet war, ein Verkauf von Regierung an Regierung gewesen sein könnte. Dadurch sei die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes gegeben.

Diese Strategie stimmte mit der von Menem instrumentierten überein, als er im Februar den ultramenemistischen Abgeordneten César Arias damit betraute, einen Verteidigungsplan für die in den Skandal verwickelten Funktionäre auszuarbeiten.

Im Rahmen des Hauptfalls, den seit 1995 der Bundesrichter Jorge Urso bearbeitet und in dem Funktionäre und ehemalige Mitarbeiter der Regierung Menem am schwersten belastet sind, laufen Prozesse gegen Ex-Verteidigungsminister Oscar Camilión, den Ex-Luftwaffenchef Juan Paulik, den Ex-Interventor der Militärfabriken, Luis Sarlenga, und den Ex-Vizeaußenminister, Fernando Petrella, der heute Botschafter bei den UN ist.

Auch der ehemalige Minister Erman González wurde von Urso bereits vernommen. Urso wollte auch Außenminister Guido Di Tella befragen, dessen Immunität verhinderte jedoch eine Untersuchung. Staatsanwalt Carlos Stornelli hat dazu bereits vor Monaten die Einvernahme von Heereschef Martín Balza beantragt, doch hat Urso Balza bis heute nicht zitiert.

Neue DNIs vorgestellt

Das neue Documento Nacional de Identidad (DNI) ist am Mittwoch der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Der computerlesbare Ausweis wird von dem deutschen Unternehmen Siemens produziert und soll in Zukunft „die Sicherheit an Argentiniens Grenzen erhöhen“, wie der Unterstaatssekretär im Innenministerium, Jorge Castells, bei der Präsentation sagte. Die Überprüfbarkeit der Einreisenden wird aufgrund des parallel implementierten Computersystems vereinfacht. Der angeblich fälschungssichere Ausweis, kostet 30 Pesos, künftige Aktualisierungen 6,5. Argentinier müssen mit acht, 18 und 30 Jahren das DNI erneuern.

Balza für Militärjustizreform

Heereschef Generalleutnant Martín Balza hat sich am Mittwoch für eine Reform des Militärstrafgesetzes ausgesprochen und den auf die „obediencia debida“ (Befehlsnotstand) bezüglichen Artikel kritisiert. Dieser sei „widersprüchlich und konfus, weil kein Land diese Regel heute noch blind akzeptiert“, sagte Balza. Balza unterstrich außerdem, eine Aktualisierung der Militärstrafgesetze sei unverzichtbar, weil „diese mit Sanktionen, die nicht anwendbar sind und die tatsächlich auch nie verhängt wurden, schon nicht mehr der soziokulturellen Situation unserer Zeit entsprechen.“ Balza erinnerte an die sanmartinianische Ethik und versicherte, man müsse „gerechte Justiz“ auf alle anwenden.

Links und rechts

Seit zweihundert Jahren, als die politischen Parteien je nach der Sitzordnung ihrer Volksvertreter in der französischen Ver sammlung links oder rechts vom Vorsitzenden plaziert waren, gelten beide Standorte als ideologische Einstufungen. Links steht für progressiv oder fortschrittlich, rechts für konservativ. Liberale galten allgemein als linke, weil sie die Freiheit befürworteten und Privilegien abbauen wollten, Konservative hingegen als rechtslastig, eben weil sie ihre Privilegien beibehalten wollten.

Sozialisten und Kommunisten landeten ebenfalls auf dem linken Spektrum, weil sie soziale Reformen im Visier hatten, wobei mit den Kommunisten als neues Element die Neigung zur Gewalt kraft entschädigungsloser Konfiskation von Eigentum sowie die Verfolgung, Ermordung oder Inhaftierung Andersdenkender, kurzum totalitäre Gesellschaftsordnungen kamen. Ebenso gewalttätig stellte sich die extreme Rechte vor, die für autoritäre Regierungen eintrat und auch die Gewalt nicht verabscheute. Faschismus und Nazismus wurden als rechtsextrem eingestuft, Kommunismus als linksextrem, ebenso deren Nachahmer in Gestalt von allerlei terroristischer Guerrillas. Im gegenwärtigen Parteienspektrum Argentiniens mit bereits drei Präsidentschaftskandidaten stellt die Einstufung links oder rechts allerlei Probleme. Zunächst sei erfreulicherweise festgehalten, dass Links- und Rechtsextremisten keinerlei Kandidaten vorstellen, die sich für ihre Postulate, insbesondere ihre Methoden (Konfiskation, Mord, Verfolgung und Inhaftierung Andersdenkender) aussprechen. Dass es trotzdem Links- und Rechtsextremisten in der Gesellschaft gibt, kann man ihren gelegentlichen Äusserungen entnehmen, gegebenenfalls auch mit Gewaltanwendung. Links- und Rechtsextremisten bekämpfen sich selbstverständlich bis aufs Messer. (Ihr eigenes Feindbild sind die anderen Extremisten).

Urteilt man nach den Postulaten der Parteien und Kandidaten hinsichtlich konkreter Massnahmen, dann springt das parteipolitische Bild zwischen links und rechts hin und her. Gouverneur Duhalde wird als justizialistischer Bannerträger eher dem rechten Lager zugeordnet. Indessen kennzeichnen ihn seine Postulate eher als linkslastig, wenn er die sofortige Anhebung der Mindestrenten, ein Hausfrauengehalt, die Senkung des Satzes der Mehrwertsteuer von 21 auf 15 Prozent und allerlei arbeitsbeschaffende Massnahmen empfiehlt, ebenso der lokalen Industrie den Schutz vor angeblich „schweinischen Importen“ zusagt. All das ist sogenannter Populismus in Reinkultur, indem Duhalde verspricht, was er eindeutig als Präsident nicht halten kann, weil die Staatskasse unrettbar defizitär gestaltet werden würde. Ins gleiche populistische Linkslager müssen die konfusen Erklärungen des Kandidaten über die Auslandsschulden eingestuft werden, wobei man bis heute nicht weiss, ob Duhalde die einseitige Zahlungseinstellung oder nur eine Verhandlungsposition gegenüber ausländischen Regierungsgläubigern im Sinn hatte, als er Papst Johannes Paul II als Zeugen für einen gewünschten Schuldenerlass zitierte und ihn auch besuchte.

Auch Domingo F. Cavallo als Präsidentschaftskandidat für seine Partei „Aktion für die Republik“ tritt mit Postulaten auf, die die Steuerzahler ansprechen. Allerlei Steuern sollen abgeschafft oder deren Sätze im Gegenwert von 23 Milliarden Pesos Einnahmeverlust im Jahr gesenkt werden, wogegen andere Steuern erhöht und Freigrenzen abgeschafft werden sollen. Mit Steuergeschenken agiert Cavallo wie ein linkslastiger Populist, ein Image, welches freilich anders aussieht, wenn man sein Konzept beurteilt, die Staatsfinanzen auszugleichen und die Arbeitsregeln freizügiger zu gestalten, damit die Wirtschaft auf robustem Wachstumskurs segeln kann.

Genauso schwierig wie Cavallo ist Allianzkandidat Fernando de la Rúa einzustufen. In Sachen Steuergeschenke ist de la Rúa ungleich vorsichtiger als Duhalde und Cavallo, indem er sich darauf beschränkt, eine Entlastung der Arbeitssteuern (gemeint sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber auf die Lohnsummen) für angeblich produktive Arbeitsleistungen in Aussicht zu stellen. Dieser Vorstoss ist deutlich konfus. Wer kann eine produktive von einer unproduktiven Arbeitsleistung unterscheiden? Solche Zweideutigkeiten bedeuten, dass nachher gemacht wird, was finanziell möglich ist.

Im Gegensatz zu dieser eher in der Mitte zwischen links und rechts angesiedelten Position de la Rúas figurieren seine Alliierten des deutlich linkslastigen Parteiensammelsuriums, genannt im Kürzel FREPASO. Deren politisches Image gibt an, die Armen gegen die Wohlhabenden zu vertreten, die Polizei stets zu verteufeln, ebenso das Militär, und die Menschenrechte sowie allenfalls konkrete Sozialgruppen zu verteidigen. All das gehört in das linke Lager, wiewohl die Menschenrechte ursprünglich Postulate liberaler Politiker waren, die gegen konservative Privilegien kämpften.

Dieses gegensätzliche Bild der jetzigen Parteienlandschaft an Hand der Kandidaten für die Präsidentschaft zeugt von den politischen Folgen der Stabilität, die extreme Seitensprünge verhindert, weil die Notenbank sie nicht finanzieren darf. Dass Gewalt als politische Methode nicht mehr gefragt ist, dürfte eine direkte Folge des unterschwelligen Bürgerkrieges der siebziger Jahre sein, als Terroristen und Militär Gewalt übten und den Rechtsstaat vorübergehend aussetzten. Da die Gesellschaft allgemein die Gewalt verpönt, entfallen zugkräftige Kandidaten mit gewalttätigen Postulaten. Die Parteien müssen sich daher im Zentrum des politischen Spiegels ansiedeln und sich voneinander nach links oder rechts unterscheiden, ohne gewalttätig ausfällig zu werden. Das ergibt in der Folge ein konfuses Bild, wo niemand weiss, wer eigentlich links und wer rechts angesiedelt ist. Politische Ideologien, wie sie früher gang und gäbe waren, haben eindeutig an Gültigkeit verloren.

Daher gewinnen plötzlich Einzelgänger wie Carlos Alberto „Lole“ Reutemann in Santa Fe, Hermes Brinner in Rosario sowie andere Bürgermeister und Politiker die Volksgunst, weil sie sich nicht demagogisch gebärden, indem sie nicht versprechen, was sie nicht halten können, bescheiden leben, anständige Menschen sind und den Staat korrekt verwalten.

Mit dem Wahlmodus wie in Deutschland, wo die Hälfte der Parlamentssitze durch eine von den Parteien aufgestellte Liste und die andere Hälfte in Bezirken gewählt wird, würden sicherlich neue Politiker diese Facette der Wählergunst ansprechen und sich profilieren, ohne dass sie weder links noch rechts anzusiedeln wären. Möglicherweise tun sich die Parlamentarier im nationalen Kongress und in Legislativen der Gliedstaaten gerade deshalb schwer, diese Wahlrechtsreform zu verabschieden, die ihnen in Gesetzesprojekten längst vorliegt.

Kältewelle und Schnee an der Küste

Seit mehr als 70 Jahren hatte es dies nicht mehr gegeben. In bonaerenser Orten wie San Fernando und San Miguel, 25 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, erlebten die Bewohner Schnee auf Straßen und Dächern. Die polare Kältefront, die am Donnerstag der vergangenen Woche Patagonien erreichte, näherte sich am Wochenende der Stadtumgebung. Sie bewirkte den Schneefall, der aus einem Millimeter großen Flocken bestand. Der Sevicio Meteorológico Nacional (SMN, Nationaler Wetterdienst) bestätigte, dass es in San Fernando und San Miguel zwischen 8.00 und 9.00 morgens schneite. Hinsichtlich der Temperatur war der Samstag der letzten Woche der kälteste Tag des Jahres.

Die Bewohner von Groß-Buenos Aires, sahen durch die Fenster ihrer Wohnungen Schneeflocken vom Himmel tanzten und gingen auf die Straße, um mit dem Schnee zu spielen. Da wurde dann so manche Schneeballschlacht geschlagen und einige kleine Schneemänner fabriziert. Damit nicht genug gab es auch für die Touristen, die zum langen Wochenende an die Atlantikküste gekommen waren, eine Überraschung: Strände wie Villa Gesell, San Bernardo oder Mar de Ajó zeigten sich am Samstag zum Frühstück weiß.

Wenn auch die Bewohner von San Antonio de Padua, Morón, Merlo, Rafael Castillo, Munro, Boulogne, El Palomar, Laferrere, San Isidro und Pilar begeistert versicherten, auch sie seien mit Schnee vor ihren Türen aufgewacht, versicherte der SMN, es habe sich dabei nur um „Wasserschnee“ gehandelt, also Schnee, der sofort zu Wasser wurde. Wo es wirklich schneite, war in Salta, wo es am Samstag von 6.00 morgens bis Mittags schneite. In der Provinzhauptstadt hatten die Bewohner seit zwei Jahren keinen Schnee mehr gesehen.

Problemreiches Tierra del Fuego

Der PJ will die Regierung nicht vorzeitig übernehmen

In der Provinz Tierra del Fuego zweifelt niemand daran, dass Gouverneur José Estabillo schwerlich bis an das Ende seines Mandats gelangt - es fehlen noch 144 Tage -, ohne dass eine neuerliche Krise die Situation noch weiter verschlimmert. Tatsächlich war es Estabillo selbst, der diese Annahme nährte und es überraschte niemand, als er erklärte: „Ich werde weiter regieren, doch wenn mein Rücktritt die Lösung für diese Krise ist, trete ich ab. Allerdings nur dann, wenn irgend jemand eine Lösung zur Hand hat.“

Nicht wenig symbolisch für die Erklärungen Estabillos war der Rahmen, in dem sie abgegeben wurden: Bei der Vereidigung des neuen Innen-, Arbeits- und Justizministers der Provinz und des neuen Regierungssekretärs, nachdem die Vorgänger in diesen Ämtern zurückgetreten waren. Für den ebenfalls zurückgetretenen Wirtschaftsminister Roque Martinelli hat der Gouverneur bisher keinen Nachfolger gefunden. Martinelli versicherte, dass er bis jetzt über nur zehn Prozent der Mittel verfügt, die er benötige, um die Augustgehälter im öffentlichen Dienst zu bezahlen und dazu seien auch noch nicht alle Juligehälter ausbezahlt.

Der lokale Peronismus mit dem Gouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner, als hauptsächlichen Förderer der Wahlallianz mit der Regierungspartei MOPOF, trachtet jetzt, sich von Estabillo zu distanzieren. Tatsächlich hat es auch bereits eine Konfrontation zwischen den eben noch Alliierten gegeben.

Der gewählte Gouverneur von Tierra del Fuego, Carlos Manfredotti, will von einer vorzeitigen Regierungsübernahme nichts wissen und weniger noch, wenn nicht Estabillo selbst das „unvermeidliche“ Sparprogramm verkündet, wie aus dem Umkreis Manfredottis verlautet.

Unterdessen zeigen die Gewerkschaften der südlichsten Provinz täglich ihr wachsendes Unbehagen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation. Sie zögerten auch nicht, als in den ersten Julitagen durchsickerte, die Provinzregierung werde die Zahlung der Gehälter verzögern, die Schulspeisesäle und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen suspendieren, unmittelbar Kampfmaßnahmen einzuleiten. Damit nicht genug, steht bereits das Gespenst eines Generalstreiks vor der Tür.

Polemik um bonaerenser Polizei

Die Reform hat mehr Gegner als Anhänger

Die ersten Retuschen von Eduardo Duhaldes neuem Sicherheits- und Justizminister in der bonaerenser Polizei haben am Mittwoch eine regelrechte Lawine harscher Kritiken und Proteste ausgelöst. Die Gouverneurskandidatin der Allianz, Graciela Fernández Meijide, stellte sich an die Spitze der Protestler und beschuldigte die Regierung von Eduardo Duhalde, den Ex-Richter Osvaldo Lorenzo ernannt zu haben, um „alte Vereinbarungen mit der bonaerenser Polizei zu erfüllen“.

Die Vorwürfe der Opposition gründen sich auf die Überzeugung, dass Lorenzo eine Neugestaltung der Polizeistruktur aufgrund der Beratung durch Mitglieder der sogenannten „maldita policia“ anstellte, die von Duhalde Ende 1996 abgebaut wurde. Als Spiegel der Krise versammelte sich am Mittwoch in La Plata die Zweikammerkommission, die im vergangenen Jahr gebildet worden war. Sie sollte die von León Arslanian im Dezember 1996 eingeleitete Polizeireform überwachen, mit der die „Bonaerense“ neugegründet und mit einem neuen Image versehen werden sollte. In der Sitzung der Senatoren und Abgeordneten wurde beschlossen, dass Lorenzo am nächsten Mittwoch bei einer Vorladung sein Verhalten erklären soll. Für den Antrag auf Interpellierung, der von Alejandro Mosquera (Frepaso) ausgegangen war, stimmten auch die Peronisten, die in der Kommission die Mehrheit haben.

Lorenzo trat sein Amt vor weniger als drei Wochen an und trotzdem reichte ihm die Zeit aus, um mit einigen Ankündigungen Aufruhr zu bewirken. So erklärte er auch, dass er einige der mehrere tausend Polizisten wieder einstellen wolle, die aus der Polizei ausscheiden mussten, weil gegen sie Verfahren wegen Undiszipliniertheit angestrengt wurden.

Im Wahlrennen ist die Allianz vorn

De la Rúa mit 7,5 Prozentpunkten vor Duhalde / Meijide 2,9 Punkte vor Ruckauf

Die Allianz marschiert an der Spitze der Wahlpräferenzen in der Provinz Buenos Aires. In dem Rennen um den Gouverneursstuhl hat die Formel Graciela Fernández Meijide-Melchor Posse 2,9 Punkte Vorsprung gegenüber Carlos Ruckauf-Felipe Sola. Der Präsidentschaftskandidat Fernando de la Rúa und sein Sozius Chacho Alvarez hingegen weisen einen Vorteil von 7,5 Punkten im Vergleich zu der PJ-Formel Eduardo Duhalde-Palito Ortega auf.

Diese Zahlen ergab eine Umfrage des Centro de Estudios de Opinión Pública (CEOP, Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung) in der Provinz Buenos Aires.

Die Umfrage umfasste 928 Befragungen von Wahlberechtigten in Groß-Buenos Aires, La Plata und sechs weiteren Orte in der Provinz. Buenos Aires hat fast neun Millionen Wahlberechtigte und die Kandidaten fassen dort ihre Kampagnekräfte zusammen.

Für die Allianz ist es wichtigstes Ziel, ihre Chancen in der Provinz zu festigen, wobei die Koalition davon ausgeht, dass bei Bewahrung ihres Vorsprungs die landesweite Tendenz nicht mehr aufzuhalten sein wird.

Duhalde seinerseits spielt aus zwei Gründen ebenfalls mit großem Einsatz. Einerseits handelt es sich für den Gouverneur von Buenos Aires um eigenes Territorium, andererseits muss er notwendigerweise eine gute Differenz erreichen - Duhalde selbst sprach von einer Million Stimmen -, um den eindeutigen Vorteil de la Rúas in der Hauptstadt auszugleichen. In diesem Zusammenhang stimmen die gewichtigsten Sorgen der Bonaerenser, vor allem Arbeitslosigkeit und Sicherheit, mit dem häufigsten Themen der Kandidatenreden überein.

Die CEOP-Umfrage bestätigt, daas die Besorgnisse der Befragten im Vergleich zu früheren Umfragen die gleichen geblieben sind und sich auch die Reihenfolge nicht geändert hat. An erster Stelle steht nach wie vor die Arbeitslosigkeit (84,5%) gefolgt vom Stichwort Sicherheit (63,7%). Danach kommen Korruption (55,7%), Bildung (39,9%), die Situation der Rentner (37,3%) und das Gehaltsniveau (35,8%).

Angesichts dieses Bildes präsentierten sowohl die Allianz als auch der PJ in der vergangenen Woche ihre Regierungsvorschläge für die Provinz. Es waren Veranstaltungen, in denen auch die Präsidentschaftskandidaten als eine neue Aufwertung der Provinz Buenos Aires in der Wahlkampagne ihre Auftritte hatten.

Die Umfrage des CEOP ergab auch, dass die von der Allianz erreichte Zustimmung in den verschiedenen Regionen der Provinz gleich ist. Fernández Meijide ist gegenüber Ruckauf immer mit der gleichen Punktezahl im Vorteil: In Groß-Buenos Aires mit 39,2 zu 36,4 Punkten, in La Plata und Vororte mit 33,3 zu 29,4 Punkten und im Inneren der Provinz mit 36,4 zu 33,2 Punkten.

Den dritten Platz nimmt Ex-Kommissar Luis Patti ein. Dies bereitet besonders dem Justizialismus Sorgen, der davon ausgeht, dass Patti potentielle PJ-Wähler anspricht.

Patti erreicht die meisten Präferenzen in Groß-Buenos Aires mit 11,8 Prozent, im Inneren der Provinz sind es 7,9 und in La Plata erhält der Politiker immer noch 5,6 Prozent.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Libertador-Ehrung

Verteidigungsminister Jorge Domínguez hat am Dienstag eine offizielle Ehrung von General José de San Martín anlässlich dessen 149. Todestages präsidiert. An der Ehrung auf der Plaza San Martin nahmen die Chefs der drei Waffengattungen teil. Die Festansprache hielt der Vorsitzende des Instituto Nacional Sanmartiniano, General (i.R.) Diego Soria.

„Weißhelme“

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat einen Bericht erstellt, in dem er die von den „Weißhelmen“ in aller Welt erfüllten Aufgaben hervorgehoben hat. Der Bericht, der in der nächsten Vollversammlung der UN in New York Mitte September verlesen werden soll, wird „die aktive Teilnahme Argentiniens bei internationalen humanitären Hilfsmissionen“ hervorheben.

Nacht des Bewußtseins

Am kommenden Montag werden die drei Präsidentschaftskandidaten Eduardo Duhalde, Fernando de la Rúa und Domingo Cavallo zusammen mit Präsident Carlos Menem an der sogenannten „Bürger-Nacht teilnehmen. Die Veranstaltung wird von der Vereinigung „Bewußtsein“ organisiert, die verlauten ließ, das Treffen diene dazu, „die Temperatur des Establishment angesichts der Oktoberwahlen zu messen“.

Unfall von Constanzo

Der justizialistische Senator Remo Constanzo hat sich am Montag auf der Nationalstraße 22 in der Nähe von Choele-Choel mit seinem Auto in einer Kurve überschlagen. Der Senator und Ex-Gouverneurskandidat für Río Negro wurde mit mittelschweren Verletzungen in Viedma ins Krankenhaus eingeliefert.

Ruckauf in Frage gestellt

Angehörige von Opfern des Attentats auf die AMIA haben am Montag scharfe Kritik an Vizepräsident Carlos Ruckauf geübt, der erklärt hatte, er wisse, wer die Verantwortlichen für das Attentat seien. „Ruckauf befummelt ein derartig schwerwiegendes Thema nur, um eine ‚miserable‘ Aufmerksamkeit in der Presse zu erreichen“, verlautete es aus der Gruppe „Memoria Activa“. Ruckauf hatte seine Aufsehen erregenden Aussagen jedoch mit dem Hinweis „Er könne nichts weiter sagen, weil es sich um ein Thema der Außenpolitik handelt“ nicht weiter erklärt.

Richter I

Der Bundesrichter in Santa Fe, Víctor Brusa, ist vom Richterrat eingeladen worden, angesichts der Möglichkeit eines politischen Prozesses Gründe zu seiner Entlastung zu nennen. Brusa wird von mehreren Ex-Häftlingen beschuldigt, sich während der letzten Militärdiktatur an der illegalen Repression beteiligt zu haben, als er Sekretär des Gerichtes war, dem er heute vorsteht.

Richter II

Die Richtervereinigung hat Einspruch gegen die Verfassungsklausel erhoben, derzufolge Richter, die das 75. Lebensjahr vollenden, ein neues Einverständnis des Senats benötigen, um im Amt zu bleiben. Diese Norm, so versicherten die Richter der Vereinigung, verstoße gegen die Unabhängigkeit der Justizgewalt.

Richter III

Der Oberste Gerichtshof hat am Donnerstag entschieden, dass der Richter Carlos Fayt, Mitglied des Tribunals, kein neues Plazet des Senats braucht, um in seinem Amt zu bleiben. Der 81jährige Fayt ist ein entschiedener Gegner der oben genannten Norm. Nur einer der Obersten Richter enthielt sich in dem Fall der Stimme: Enrique Petracchi.

Richter IV

Die 2. Kammer des Bundesgerichts hatt ein Verfahren gegen den Obersten Gerichtshof, in dem es um Betrugsverdacht im Zusammenhang mit dem direkten Kauf von zwei Gebäuden für die Arbeitsgerichtsbarkeit ging, beendet. Das Verfahren ging auf eine Anzeige des Richters Carlos Fayt zurück, der das Vorgehen von mehreren Sekretären in Frage gestellt hatte, denen aber strafrechtlich keine Verantwortlichkeit nachzuweisen war.

Umfrage in Entre Ríos

Eine Umfrage des PJ in der Provinz Entre Ríos hat jetzt für Fernando de la Rúa einen Vorteil von 2,5 Punkten (42,9%) gegenüber Eduardo Duhalde (40,4%) ergeben. Vor einem Monat betrug der Vorteil de la Rúas noch 4,3 Punkte. Hinsichtlich der Gouverneurswahl verbucht der Peronist Héctor Maya im Vergleich zu seinem Rivalen, dem Radikalen Segio Montiel (42,6%), 45,4 Prozent der Präferenzen für sich.

Cavallo auf dem Marsch

Domingo Cavallo mißachtet keinen Distrikt der Provinz Buenos Aires. Zu Wochenbeginn zeigte er sich in Esteban Echeverría zur Unterstützung seiner ersten Gemeinderatskandidatin Mirta Melacio in Begleitung von Guillermo Franco und Luis Sagol, seiner Gouverneursformel für die Provinz.

FBI-Experten klären Autobusbrand

Zehn Experten der US-Bundespolizei FBI sind am Sonntag in Santa Fe eingetroffen, um die Ursache des Feuers in einem Fernreisebus zu klären, bei dem vor knapp zwei Wochen bei Rosario zwölf Personen ums Leben kamen.

Die US-Experten für die Aufklärung von Attentaten, für Sprengstoffe, für Spuren und Identifizierung von Leichen waren nach ihrer Ankunft in Ezeiza ins 35 Kilometer im Süden von Rosario gelegene Fighiera gefahren. Dort stand immer noch der Autobus der Firma Almirante Brown, bedeckt mit einer transparenten Plastikfolie zur Bewahrung von eventuellen Spuren und bewacht von Angehörigen der Sondereinheit TOE (Tropas de Operaciones Especiales). Am Sonntag wurde auch die Meinung einer Sachverständigen der Polizei in Rosario bekannt, die versicherte, es gäbe keine Zweifel, dass das Feuer durch einen Fremdkörper im Bus hervorgerufen wurde.“

Dessen ungeachtet erklärte Claudio Zapata, der Sprecher der TOE, diese Versicherung hätte keinerlei Grundlage. „Noch verfügen wir über keine Resultate der Untersuchung. Bisher existieren Skizzen und Diagramme und einige Objekte, die noch nicht begutachtet wurden“, sagte der Sprecher. Eine Reisende sagte, sie habe einen Mann gesehen, der einen schwarzen Sack in der Bustoilette abstellte, ausstieg und verschwand. Tatsächlich geht auch die ermittelnde Richterin von Brandstiftung aus.

Der aus La Plata kommende Autobus mit Fahrtziel Salta war am Mittwoch der vergangenen Woche um 23.15 Uhr in Fighiera eingetroffen. Um 23.45 Uhr gab ein Junge, der im Bus saubermachte, Feueralarm, als er Rauch aus der Toilette des Busses kommen sah. Noch vor Eintreffen der Feuerwehr brannte das Fahrzeug völlig aus. Zwölf der 20 im Bus schlafenden Passagiere starben in den Flammen. Vier von ihnen konnten noch nicht identifiziert werden. Von den fünf Verletzten wurden Mitte der Woche drei noch immer stationär im Krankenhaus behandelt.

SERVICIOS DIGITALES
www.multimedia.com.ar
Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

Beliz lehnt Avancen Duhaldes ab

Aus Allianzen und politischem Techtelmechtel wird nichts

Gustavo Beliz will das Angebot Eduardo Duhaldes, sich von der Hauptstadt aus an der Wahlkampagne des PJ zu beteiligen, rundweg ablehnen. Dies verlautete am Montag aus der Führungsspitze von Beliz' Partei Nueva Dirigencia. Die Antwort lautet „Nein", hieß es, während Beliz auf dem Gut eines Familienangehörigen in Ayacucho noch über die Antwort an den bonaerenser Gouverneur nachdachte. Im Klartext bedeutet das, dass es keine Rückkehr von Beliz in die Arme des PJ geben wird, aus dem er 1993 ausschied, als er von seinem Amt als Innenminister zurücktrat.

Die Verhandlungen Duhaldes mit Beliz schienen allerdings schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Unter den Parteimanagern des PJ in der Hauptstadt gab es kaum einen, der an ein „Gentlemans Agreement" Duhaldes mit dem Nueva Dirigencia-Chef glaubte, wie das dem Duhaldismus vorschwebte. Entschlossen, seine Schwächesituation in der Wahlkampagne (die Umfragen plazierten ihn mehr als 10 Punkte hinter Fernando de la Rúa) umzukehren, spielte Duhalde in der vergangenen Woche va banque und bot Beliz ein großzügiges Abkommen. Das Menü enthielt folgende Gänge:

* Die Möglichkeit, daß Beliz die Liste der Abgeordnetenkandidaten des PJ in der Hauptstadt, an deren Spitze Sicherheitssekretär Miguel Angel Toma steht, nach seinem Gutdünken abfasst.

* Die Kandidatur für das Amt des Regierunschefs der Stadt Buenos Aires für die Wahl Mitte 2000, wenn Duhalde im Oktober das Rennen macht. Der Justizminister Raúl Granillo Ocampo ist der Kandidat des Justizialismus.

* Die Verdrängung von Innenminister Carlos Corach vom Senatorensitz für die Minderheit. Die Nominierung von Corach muss jedenfalls noch von der Stadtlegislative akzeptiert werden.

Das Angebot Duhaldes hinterließ praktisch keine Spuren in den Listen, die Frucht der Internwahlen des Stadt-PJ am 11. April sind. Toma für seinen Teil erklärte in einem Pressegespräch nach seiner Rückkehr aus Mendoza, wo er das Wochenende verbracht hatte: „Jemandem Angebote zu machen, der die Gewohnheit hat, die Hand zu beißen, die ihn füttert, entspricht einer typischen Charakteristik der ‚porteños' grotesk zu sein." Corach, der in Brasilien war, teilte telefonisch seine Missbilligung darüber mit, „dass der Duhaldismus mit diesen Umtrieben den Senatorensitz gefährdet", den er für sich beanspruche.

Menems Malwinenreise verschoben

Inselräte hatten einen Besuch des Präsidenten abgelehnt

Nach dem Zwischenfall mit dem Autobus, der die ersten argentinischen Besucher auf den Malwinen zum Flughafen brachte, der von aufgebrachten Kelpers blockiert wurde, hat Präsident Carlos Menem seinen Besuch der Inseln verschoben. In seinem Heimatort Anillaco, wo Menem das lange Wochenende verbrachte, erklärte der Präsident, eine Reise sei derzeit nicht empfehlenswert. „Wir müssen die Entwicklung der Ereignisse abwarten", sagte Menem in der Provinz La Rioja. Zuvor hatte der Inselrat Mike Summers erklärt, es sei „plump und unhöflich, einen Besuch anzukündigen, ohne eine Genehmigung einzuholen." Die unmittelbare Reaktion Summers auf Äußerungen von Verteidigungsminister Jorge Domínguez ist eine Bestätigung der Erklärung des britischen Gouverneurs der Inseln, Donald Lamont, der Besuche von Persönlichkeiten der argentinischen Politik als „zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angebracht" einstufte. Summers hatte außerdem telefonisch gegenüber der Nachrichtenagentur DyN versichert, „Menem versucht mit der Ankündigung eine propagandistische Wirkung zu erzielen, um auf diese Weise Wahlkampf für seine Partei im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Oktober zu machen". Die Inselrätin Jan Cheek ihrerseits erinnerte daran, dass es viele Angehörige von auf den Inseln gefallenen argentinischen Soldaten gebe, die Darwin noch nicht besuchen konnten.

Auch in London wurde der Verdacht geäußert, eine Reise Menems würde vor allem propagandistischer Ziele im Rahmen der Wahlkampagne dienen. Domín-guez hatte am vorletzten Freitag gesagt, dass ein Malwinenbesuch am 16. Oktober Menems mit dem ersten Flug von argentinischem Boden aus vorbereitet werde. Das Außenministerium hatte bereits 20 Zimmer im besten Hotel auf den Inseln für die Woche nach diesem Flug reserviert, der in Río Gallegos starten soll.

Am Sonntag ging Menem scharf mit seinem Verteidigungsminister ins Gericht. „Ich habe nie behauptet, dass ich nach den Malwinen reisen werde." Dessen ungeachtet hatte Menem in den vergangenen Jahren wiederholt seine Absicht geäußert, die Inseln noch vor dem Ablauf seines Mandats zu besuchen. In einem Zeitungsinterview während seines Londonbesuches im November 1998 hatte er erklärt, er sei überzeugt davon, dass er die Inseln „vor dem 10. Dezember" besuchen könne.

Randglossen

Präsident Menem war sicherlich gut beraten, als er auf seine ausgefallene Idee verzichtete, die Malwineninseln mit dem ersten Flug aus argentinischem Gebiet in Rio Gallegos zu besuchen. Dieser Flug startet im Oktober. Die Kelpers tun sich zunächst schwer, Argentinien auf den Inseln zu begegnen. Einige Scharfmacher protestieren gegen diese unerwünschten Besucher, aber zahlreiche andere haben nichts dagegen oder freuen sich sogar, wenn neue Geschäfte blühen. Touristen pflegen freizügig Geld auszugeben. Nachdem das Eis zwischen den Inseln und dem Kontinent gebrochen werden konnte, müssen sich die Inselbewohner langsam daran gewöhnen, dass sie mit ihren Nachbarn jenseits der Atlantikenge Kontakt pflegen und sich selber in Argentinien aufhalten können, wo sicherlich für bessere Unterhaltung als auf den vom Winde verwehten Inseln gesorgt wird.

Gouverneur Duhalde hat mit seinen Bemühungen, zugkräftige Allianzen mit anderen Parteien einzugehen, entschieden Pech gehabt. Ihm gelangen nur Absprachen mit mehreren Dutzend kleiner Parteien, davon einige Restparteien und mehrere Gummistempel, allesamt mit geringem Wählerpotential. Die Verhandlungen mit den vier grössten Lokalparteien misslangen. Carlos Balter, Konservativer in Mendoza mit der Aussicht auf einen Wahlsieg für das Gouverneursamt, lehnte eine Koalition mit Duhalde ebenso ab wie Domingo Cavallo für seine Aktion für die Republik, Gustavo Béliz für seine neue Führung und Luis Patti, Bürgermeister von Escobar, der sich um die Nachfolge Duhaldes in der Heimatprovinz Buenos Aires bemüht. In allen Fällen sollten diese Allianzparteien eigene Kandidaten aufstellen, aber die Formel Duhalde-Ortega für die Präsidentschaft auf ihren Wahlzetteln führen. Ohne diese Wahlhilfen wird sich Duhalde schwer bemühen müssen, um den Vorsprung aufzuholen, den sein Widersacher Fernando de la Rúa der oppositionellen Allianz in allen Umfragen ausweist. In acht Wochen wird gewählt.

Meuterei im Gefängnis Las Flores

Drei Stunden lang Schüsse und Geiselnahme

Eine Inspektion im Gefängnis von Las Flores in der Provinz Santa Fe war der Auslöser für eine Meuterei am Montag, in deren Verlauf geschossen wurde, die Meuterer Geiseln nahmen und vier Gefängnisaufseher verletzt wurden. Der Teil des Gefängnisses, in dem es zu der Meuterei kam, wird von den Behörden als mit hohem Risiko eingestuft. Alles nahm seinen Ausgang in einer Inspektion, da die Gefängnisbeamten erfahren hatten, dass sich in Trakt 3 eine Schusswaffe befand. Die Inspektion hatte kaum fünf Minuten gedauert, als ein Schuss fiel und einer der Beamten schwer verletzt zu Boden stürzte. Danach gab es erstmal ein großes Durcheinander.

Viele der Häftlinge schliefen noch, doch griffen andere die Beamten mit Prügeln an, wobei drei entwaffnet und als Geiseln genommen wurden. Gemäß den offiziellen Informationen waren zwei Gefangene, deren Namen Castro und Salinasse lauten sollen, die Anführer der Meuterei. Sie waren mit Pistolen vom Kaliber 11.25 und 38 bewaffnet und forderten die Präsenz der Gefängnisbehörden für den Austausch des schwerverletzten Beamten gegen einen anderen. Der Direktor des Strafvollzugsdienstes, Jorge Giménez, akzeptierte. Kurze Zeit später war der 30jährige Beamte, der in den Bauch geschossen wurde, auf dem Weg ins Krankenhaus. Unterdessen hatten sich die Häftlinge in ihren Zellen verschanzt und munterten die Rädelsführer zu weiterem Widerstand auf.

Die Jounalisten wurden ermächtigt, sich dem Gitter am Zugang zu Trakt 3 zu nähern und mit den Meuterern zu sprechen. Diese erklärten, dass sie nur die sich bietende Situation nutzten, vergaßen aber zugleich nicht, die als Geiseln genommenen Beamten mit ihren Waffen zu bedrohen. Als den Meuterern die Verlegung in eine andere Haftanstalt angeboten wurde, gaben sie auf.

Noch immer ist unklar, wie die Pistole, die bei einem der Meuterer entdeckt wurde und die nicht von den Aufsehern stammt, in das Gefängnis gelangen konnte.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Zweikampf um die Stabilität

Ein bemerkenswerter Zweikampf zwischen Präsident Menem und Wirtschaftsminister Roque Fernández wurde in der Berichtswoche ausgetragen. Es ging um die Stabilität, die der Minister verbissen verteidigt, wogegen der Staatschef mit demagogischen Allüren seinen Abgang vorbereitet.

Drei Zankäpfel stehen seit Wochen zur Diskussion, die zwar unterschiedlich und keinesfalls vergleichbar sind, aber im Wesen mehr Staatsausgaben und weniger Steuereinnahmen nach sich ziehen. Im Umfeld eines gewaltigen Defizits von angenommenen $ 6,0 Mrd., davon $ 5,1 Mrd. Kassendefizit im Schatzamt und weiteren etwa $ 3,0 Mrd. Fehlbeträgen der Provinzen und Gemeinden, insgesamt rund $ 9,0 Mrd., kann es sich die Regierung nicht leisten, das Defizit durch vermehrte Ausgaben und geringere Einnahmen anzuheben. Ebenso ist es entschieden verantwortungslos, der kommenden Regierung ab 10. Dezember diese Bürde zu hinter-lassen.

* Die anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Rural-Ausstellung vom Präsidenten angekündigte Abschaffung der Dieselölsteuer für die Landwirtschaft und den Kfz-Transport (vgl. „Die Agrardemagogie Menems“ in der Vorwoche an dieser Stelle) sollte kraft eines Gesetzesprojekts in die Wege geleitet werden. Die abgeschafften Steuereinnahmen sollen durch eine Erhöhung der gleichen Steuer ausgeglichen werden, die alle anderen Kfz-Benützer, das sind die Personenwagen, bezahlen sollen. Es geht dabei um die Besteuerung von 11 Mrd. Liter Gasöl, die 1998 verbraucht worden sind und $ 1,32 Mrd. eingebracht haben.

Der Vorschlag hat zwei deutliche Haken. Einmal rechnen Fachleute damit, dass der Steuerverlust (Landwirtschaft plus Transport) keinesfalls durch die höhere Belastung des Personentransports wettgemacht werden kann, so dass per Saldo ein Einnahmeverlust herausschaut. Bei der knappen Staatskasse des Schatzamtes und der Gliedstaaten, die an der Steuer beteiligt sind, kann es sich die öffentliche Hand nicht leisten, auf mehrere hundert Millionen Pesos geschätzter Steuereinnahmen zu verzichten. Diese Steuer wird zudem laufend und einfach an den Tankstellen kassiert. Die Hinterziehung ist denkbar gering.

Ferner nehmen alle Kenner der Steuerpsychologie vorweg, dass die Hinterziehung bei der Aufspaltung des Dieselölpreises nicht zu vermeiden sein wird. Schon jetzt gibt es eine fühlbare Hinterziehung der Benzinsteuer, da in Patagonien Benzin zum halben Preis verkauft wird, so dass viele Kraftfahrzeuge nahe der Scheidegrenze auftanken und dann nach Norden fahren, wo der volle Preis gilt. Diese Hinterziehung wird auf $ 200 bis $ 500 Mio. im Jahr geschätzt. Mit gespaltenem Dieselöl, zudem möglicherweise verschieden gefärbt, ist es unvermeidlich, dass Personenwagen das billige Dieselöl anzapfen. Der Steuerskandal, der mit Sicherheit entstehen wird, sollte das Projekt Gesetzesgestalt annehmen, wird noch höhere Wellen schlagen, als die vermaledeite Kfz-Steuer für die Lehrkräfte bewirkt hat. Minister Fernández weigert sich, für eine derartige Blamage („papelón“, wie er sagte) verantwortlich zu zeichnen.

Da Präsident Menem störrisch ist und zu seiner agrardemagogischen Ankündigung steht, wurde das Gesetzesprojekt ohne die Unterschrift des Wirtschaftsministers Fernández dem Kongress zugeführt. Hierfür wurde Fernández „eingeladen“, den Präsidenten zu einer Kurzvisite nach Chile zu begleiten, so dass in seiner Abwesenheit der gefügige Arbeitsminister José Uriburu die Unterschrift leistet. Trotzdem darf angenommen werden, dass das Projekt im Kongress schlafen wird. Oscar Lamberto, PJ-Vorsitzender der Budgetkommission der Deputiertenkammer, hat be-

reits öffentlich Stellung gegen diese ausgefallene Idee genommen. Die Kassennot in den meisten Provinzen dürfte die Gemüter im Kongress beeinflussen, damit das Projekt verendet.

* Hartnäckig, wie er ist, betreibt Präsident Menem den Bau des Kanals zur Bewässerung von Catamarca und seiner Heimatprovinz La Rioja. Tucumán und Santiago del Estero machen längst nicht mehr mit, ebensowenig wie Córdoba, wo man die Austrocknung des Binnensees Mar Chiquita befürchtet, sollte der Kanal das Wasser ableiten. Der Zuschlag für den Bau des Kanals ist bereits unter Verletzung der Haushaltsvorschriften erfolgt, die vorschreiben, dass öffentliche Bauten hinsichtlich ihrer Priorität einzustufen sind, was diesbezüglich unterlassen worden ist. Wir haben an dieser Stelle längst dargestellt, dass keinerlei Wirtschaftlichkeitsstudien den Nutzen des Kanals beweisen.

Für die Aufnahme der Arbeiten fordern die Baufirmen die Bürgschaft des Schatzamtes, ohne die sie keine Finanzierung erhalten. Schatzsekretär Pablo Guidotti weigert sich standhaft, die Bürgschaft zu erteilen, weil sie mit einer Erhöhung der Staatsausgaben einher gehen würde. Bürgschaften müssen ordentlich als echte Ausgaben verbucht werden, bis die garantierten Kredite von den privaten Schuldnern getilgt worden sind. Im Rechtsstreit über die Zulässigkeit der Bürgschaft musste der Rechtskonsulent der Regierung, Rodolfo Díaz („procurador del Tesoro"), sich dem Wunsch des Präsidialamtes beugen und ein Gutachten abgeben, das die Bürgschaft formell zulässt.

Unter solchen Umständen werden Baufirmen und Banken vorsichtigerweise abwarten, wie sich die neue Regierung zum Thema stellt, auch wenn eine Bürgschaft vorliegt. La Rioja dürfte weder für eine Allianz noch für eine PJ-Regierung die gleiche Priorität geniessen wie unter Präsident Menem. Möglicherweise wird das Kanalprojekt versanden. Im nationalen Kongress konnte bisher keine Begeisterung für dieses Projekt festgestellt werden.

* Der dritte Zankapfel betrifft die Ausbaggerung des Rio Paraná von Santa Fe bis Asunción in Paraguay und Posadas in Misiones sowie des Rio Uruguay von Concordia bis zur Mündung in den Rio de la Plata (vgl. Kommentar auf dieser Seite). Hier geht es um $ 60 Mio. Staatsausgaben, die für den Beginn der Baggerarbeiten noch im Jahr 1999 eingesetzt werden sollen. Der Zuschlag an die Baufirmen Hidrovía S.A. bzw. Riovia S.A. ist längst erfolgt, wobei die Ausschreibung unter dem Vorwand vermieden wurde, dass bestehende Verträge bis 20% erhöht werden dürfen.

Der Etatposten von $ 60 Mio. war vor einigen Monaten sistiert worden, als das Wirtschaftsministerium Staatsausgaben im Rahmen des Haushaltes 1999 in Hinblick auf geringere Steuereinnahmen senken musste.

Bis zum Jahresende ist nicht damit zu rechnen, dass zusätzliche Steuereinnahmen diesen Ausgabeposten zu neuem Leben erwecken werden. Das Thema dürfte beim nächstjährigen Haushaltsgesetz landen und gemeinsam von der abgehenden und der neuen Regierung beschlossen werden. Der Kongress wird das letzte Wort behalten.

Die drei Streitfälle zeigen, dass Präsident Menem seinen Wirtschaftsminister behalten muss, den er sonst hätte absetzen können, damit ein gefügiger Mitarbeiter keinen Widerstand leistet.

Ebenso deckt der Minister seinen Schatzsekretär Guidotti, dessen Widerstand den Präsidenten und seine Mitarbeiter ärgert. Da nur noch weniger als vier Monate bis zum Ende der Amtszeit verbleiben, dürften sich die drei Zankäpfel schlussendlich von alleine regeln, indem der Wirtschaftsminister sich trotz der Schikanen, denen er ausgesetzt ist, durchsetzt, damit die Staatsfinanzen im Griff bleiben und die Nachfolgeregierung nicht zusätzlich mit schlimmeren Finanzproblemen belastet wird.

Die Diskussion um die Vertiefung des Paraná-Flusses oberhalb von Santa Fé

Das Projekt der sogenannten Wasserstrasse Paraná-Paraguay besteht in der Vertiefung, Berichtigung und Signalisierung der beiden Flussbetten, vom Rio de La Plata bis Corumbá (Brasilien), am oberen Paraguay. Dies würde die Flussschifffahrt stark erleichtern und die Frachten senken, was besonders Paraguay zugute kommt, aber auch für Brasilien und Argentinien wichtig ist. Brasilien kann dann Sojabohnen, die in der Matto Grosso-Gegend erzeugt werden, über diesen Weg exportieren, was die enormen Frachtkosten, die beim Transport bis zu den Atlantik-Häfen entstehen, die die Produktion praktisch erdrosseln, auf ein vernünftiges Mass senkt. Besonders wichtig ist dabei, dass das Eisenerz von Corumbá (eventuell auch El Mutún, auf der bolivianischen Seite des oberen Paraguay-Flusses) dann über das ganze Jahr hinweg mit Barkassen befördert werden kann, statt knapp über die Hälfte des Jahres, wie es jetzt der Fall ist. Corumbá ist eines der besten Eisenerzvorkommen der Welt, mit sehr eisenhaltigem Hematit, wobei sich das Erz an der Oberfläche befindet, etwa 20 Km. vom Fluss entfernt, was niedrige Kosten bedeutet. Für die argentinische Stahlindustrie bedeutet dies die Möglichkeit, ein besseres und billigeres Erz zu verwenden, also niedrigere Stahlkosten. Doch die Bedeutung der Wasserstrasse geht weit über diese Aspekte hinaus.

Der untere Teil der Wasserstrasse, von Santa Fé zum Rio de la Plata, ist schon seit geraumer Zeit fertig. Es fehlt noch auf der argentinischen Strecke der obere Teil des Paraná bis zum Paraguay-Fluss. Dann kommt das Hauptproblem, nämlich der Paraguay selber, der viele scharfe Kurven und monatelang zu wenig Wasser hat. Das Projekt besteht hier darin, einen flachen Staudamm am oberen Paraguay zu errichten, von dem das Wasser in konstanten Mengen abgelassen wird. Das Flussbett muss berichtigt und vertieft werden, was keine einfache Arbeit ist. Auf diese Weise wird auch das Naturschutzgebiet „El Pantanal" erhalten.

Die Strecke Santa Fé-Rio de la Plata wurde vor einigen Jahren dem privaten Konzern Hidrovías S.A, bestehend aus der belgischen Jan de Nul und der lokalen Emepa, in Konzession vergeben, wobei der Konzessionär eine Gebühr erhebt und auch eine direkte Subvention des Schatzamtes erhält. Der Erfolg war sehr gross: während früher die Schiffe nur tagsüber fahren konnten, und auch nur mit halber Fracht (so dass der Rest in anderen Häfen geladen werden musste) von den Häfen am Paraná abfahren konnten, fahren sie jetzt durch 24 Stunden und mit voller Fracht. Auf diese Weise sind die Frachten von Rosario nach Rotterdam von 26 auf 20 Dollar gesunken, wobei hier die Gebühr inbegriffen ist, die Hidrovías S.A. erhebt. Vor einiger Zeit wurde diese Konzession für die Strecke nordwärts von Santa Fe erweitert, ohne eine neue Ausschreibung durchzuführen. Das verstösst gegen die Gesetzgebung über öffentliche Ausschreibungen, die Erweiterungen nur zulässt, wenn das ursprüngliche Objekt der Konzession nicht wesentlich geändert wird. Genau das ist jedoch hier der Fall. Aber ausserdem soll das Schatzamt hier eine Garantie für US$ 300 Mio stellen und ausserdem eine Subvention erteilen. Wenn das Projekt wirtschaftlich ist, ist die Garantie theoretisch, da das Schatzamt dann gegen die Firma Jan de Nul vorgehen könnte, die zahlungsfähig ist. Allerdings muss man genau darauf achten, wie diese Konzessionserweiterung verfasst worden ist.

Die Häfen, auf die es beim Export von Getreide, Ölsaat, Öl und dessen Nebenprodukte, ankommt, liegen alle unterhalb von Santa Fe. Für Barkassen genügt die gegenwärtige Tiefe des oberen Paraná durchaus. Somit erscheint es fragwürdig, ob diese zusätzliche Strecke der Wasserstrasse rentabel ist und Priorität geniesst. Zuerst sollte das Projekt der Wasserstrasse am Paraguay-Fluss durchgeführt werden; danach wird auch die Zwischenstrekke von Paraguay nach Santa Fe automatisch rentabel, wobei dann auch für die untere Strecke die Einnahmen aus Gebühren derart steigen würden, dass die Subvention entfallen sollte. Allein, leider kümmert sich die argentinische Regierung nicht um das Hauptprojekt (Corumbá bis zum Paraná), wobei auch die anderen beteiligten Regierungen kein besonderes Interesse zeigen. Das heisst, alle reden über das Projekt und loben es, aber niemand macht sich an die konkrete Arbeit heran.

Importschranken in NAFTA

Die Nationale Aussenhandelskommission im Wirtschaftsministerium hat sich die Mühe gemacht, eine ausführliche Studie über die Importschranken in den drei NAFTA-Ländern USA, Kanada und Mexiko zu veröffentlichen („Informe de Barreras a las

Exportaciones Argentinas en el NAFTA“, 100 Seiten, 1999). Darin wird erstmals Auskunft über die zahlreichen Importschranken erteilt, die in den drei Ländern argentinische Exporte behindern oder verteuern.

Der Bericht zählt sage und schreibe 43 verschiedene Importschranken auf, von denen freilich nur etwa ein halbes Dutzend ins Gewicht fallen. Es handelt sich um Zollkontingente (Frischfleisch, Käse und Erdnüsse), variable Zollsätze, darunter saisonale Zollsätze, Regierungskäufe mit Vorschriften über nationale Komponente, sogenannte freiwillige Exportrestriktionen, Ausgleichs- und Antidumpingzölle, sanitäre Restriktionen wie Quarantänen, Labortests und dergleichen, technische Vorschriften zur Beschreibung von Produkten, Verpackungen und Inspektionen, Umweltauflagen, interne Steuern, die nur Importprodukte belasten, automatische und nicht automatische Importlizenzen, Referenzpreise, Sonderfälle im Namen der nationalen Verteidigung, Textilkontingente (multilaterales Abkommen in der WHO) und Präferenzabkommen mit Chile, Israel und die Karibik, deren Produkte ebenso wie die NAFTA-Partner unter sich mit geringeren oder gar keinen Zöllen belastet werden. Die Liste der Importschranken ist sicherlich eindrucksvoll und umfangreich.

In einigen Fälle, zumal bei Importverboten oder prohibitiven Importbelastungen, werden die Einfuhren schlechthin ausgeschlossen, wogegen letztere in anderen Fällen verteuert werden, so dass ihr Absatzmarkt abnimmt. Gegebenenfalls müssen argentinische Lieferanten befürchten, dass sie in NAFTA, zumal in USA, verfolgt werden, wenn sie erfolgreich eindringen, indem administrative Untersuchungen eingeleitet und Strafzölle verhängt werden.

Die allgemeinen Zollsätze in den drei NAFTA-Ländern, die die Importe nicht behindern und deshalb nicht als Importschranken eingestuft werden, belasten diese Waren mit 1,6% bei Kraftstoffen bis knapp über 5% bei Industrieprodukten in USA, 0,99% bei Rohstoffen bis nahezu 6% bei Industrieprodukten in Kanada und 8,5% bei Kraftstoffen bis 15,7% bei Industrieprodukten in Mexiko. Dieser NAFTA-Partner ist ein deutliches Hochzollland gegenüber USA und Kanada, die nur bestimmte Importe stark belasten oder behindern, ansonsten bescheidene Zollsätze erheben.

Der Bericht identifiziert insgesamt 18.271 Importschranken, die keine allgemeinen Zollsätze sind, davon 4.592 in Kanada, 5.607 in USA und 8.022 in Mexiko, woraus abgeleitet werden darf, dass letzteres Land sich auch ausserhalb seiner hohen Zollsätze gegen Importe abriegelt. NAFTA ist eine Freihandelszone, so dass jedes Mitgliedsland seine Zölle und Restriktionen gegenüber Drittländern nach eigenem Ermessen festsetzt. Zollunionen wie die EU und der Mercosur vereinheitlichen die Zollsätze und andere Importschranken gegenüber Drittlän-dern.

Im Vergleich zu den normalen Zollsätzen errechnet der Bericht die Äquivalenzzölle, indem die Importschranken auf Wertzölle umgerechnet werden. Diese Übung ergibt bei Fleisch in USA 21% bis 26% und in Kanada 33% bis 69%, bei Milchprodukten 16% bis 42% in USA, Zuckerwaren 8% bis 36% ebenfalls in USA und bei Tabak 16% bis 187% in Kanada. Ähnliche groteske Äquivalenzzölle mussten die EU und andere Länder, die Agrarimporte behindern, für ihre Restriktionen als Auflage der Marrakesch-Protokolle errechnen. Diese Zollsätze weichen beachtlich von den gängigen Sätzen ab, die zumeist verarbeitete Industrieprodukte betreffen.

Argentinien ist nur ein kleiner Handelspartner der NAFTA-Länder. Der Bericht vergleicht die Gesamtimporte in NAFTA mit argentinischen Lieferungen der meisten importbehinderten Produkte. NAFTA führte im Bezugsjahr 1997 Fleischwaren für US$ 3,2 Mrd. ein, davon nur US$ 12,6 Mio. gleich 0,4% aus Argentinien, Fischereiprodukte für US$ 6,4 Mrd. gegen US$ 98 Mio. (1,5%), Milchwaren für US$ 596,6 Mio. gegen US$ 1,3 Mio. (0,2%), Käse für US$ 750 Mio. gegen US$ 24,3 Mio. (3,2%), Obst für US$ 4,4 Mrd. gegen US$ 41,5 Mio (0,9%), Zuckerwaren für US$ 1,7 Mrd. gegen US$ 39,2 Mio. (2,4%), Getränke für US$ 6,6 Mrd. gegen US$ 29,4 Mio. (0,4%) sowie Eisen- und Stahlprodukte für US$ 27,1 Mrd. gegen US$ 127,8 Mio. (0,5%) aus Argentinien.

Ohne die Importschranken könnte Argentinien seine Exporte besagter Waren um angenommene US$ 333 Mio. gleich 12,9% von US$ 2,6 Mrd. in die NAFTA-Länder vermehren. Das macht den Exportkohl freilich nicht fett, weshalb das echte Exportpotential in zahllosen Märkten innerhalb NAFTA liegt, die mit geringen Zollsätzen belastet sind. In solchen Märkten müssen argentinische Exporteure neue Exportnischen auftreiben und ihre Waren zu Konkurrenzpreisen liefern. Das geschieht pausenlos, seit die argentinische Wirtschaft stabilisiert worden ist und Exportgeschäfte nicht mehr wie früher zur Hochinflation ein reines Va-banque-Spiel war.

Die teils absurden Handelsschranken müssen gelegentlich abgebaut werden, wofür die multilaterale Handelsrunde, bereits als Runde des Millenniums benannt, im November in Seattle eingeläutet werden wird und in drei Jahren abgeschlossen werden soll. Unterdessen sollen die Chancen ausgeschöpft werden, die weltoffene Exportmärkte in USA und Kanada, weniger in Mexiko, bieten.

Brasilien in der Devisenkrise

Die schleichende Devisenkrise, die Brasilien seit mehreren Wochen begleitet, überstürzte sich dieser Tage, als die Zentralbank zum ersten Mal seit drei Monaten hundert Millionen Dollar als Kursstütze am Devisenmarkt einsetzen musste. Der Dollarkurs war seit Wochen schleichend gestiegen und auf über R$ 190 je US$ angelangt, so dass eine hektische Ausuferung des Kurses bevor-stand.

Wie erinnerlich, hatte Brasilien Mitte Januar den vorher vorprogrammierten Kurs, Englisch genannt „crawling peg“, bei knapp über R$ 120 je US$ aufgeben müssen. Die Zentralbank hatte in wenigen Monaten rund 50 Mrd. Dollar an Devisenreserven eingebüsst, während die monetäre Basis in Real leicht zugenommen hatte. Das heisst im monetären Klartext, dass die ZB die Real geschöpft hatte, mit denen ihr die Dollar abgenommen wurden. Bei den verbleibenden Reserven von rund US$ 25 Mrd., unbeschadet der Ziehungen gegen den Internationalen Währungsfonds, die keine Lokalwährung schaffen, waren nur noch etwa US$ 5 Mrd. bis zum Sockel von US$ 20 Mrd. übrig geblieben, den die brasilianische Regierung mit dem Fonds als Mindestreserve vereinbart hatte. Daraufhin wurde der Kurs freigegeben, weil sonst diese geringe Devisendecke in kurzer Zeit verschwunden wäre. Die vorher von der ZB betriebene Geldschöpfung ohne Devisendeckung hatte ihr Opfer geholt.

Wir kennen diesen Teufelskreislauf allerbestens aus der Zeit unserer Hochinflation in den siebziger und achtziger Jahren. Schöpft die Notenbank Geld aus dem Nichts, indem sie das nationale Schatzamt, die Gliedstaaten und die Kunden der Banken beliefert, dann büsst sie auf kurz oder lang Devisen ein. Marktspekulanten kennen den Kreislauf allerbestens, holen sich die Lokalwährung aus den Kanälen, die die Notenbank bereit stellt, und schwappen auf Devisen über. Die Folgen dieser Übung sind hektische Abwertungen wie weiland im Januar 1999 in Brasilien und abermals schleichend in den letzten Wochen.

Die brasilianische Notenbank hat die Zeichen dieser Währungslehre offensichtlich nicht gelernt. Sie schöpft weiterhin Real, jedes Mal wenn die kurzfristige Staatsschuld in der Landeswährung verfällt und nicht ganz umgeschuldet werden kann, was nur kurzfristig möglich ist. Mittelfristige Umschuldungen erfolgen nur in Dollar, langfristige sind ausgeschlossen. Ausserdem schöpft die ZB deckungsloses Geld für die Staatsbanken für allerlei private Investitionen, Umschuldungen oder Geschäfte. Ein Teil der Subventionen, mit denen Niederlassungen ausländischer und brasilianischer Investitionen beglückt werden, erfolgen zu Lasten der Notenbank auf dem Umweg von billigen Krediten der Staatsbanken.

Gelegentlich ufert das geschöpfte Geld aus und nimmt der ZB ihre Devisen ab. Genau dieses Szenarium wurde dieser Tage verzeichnet. Der Kurs von R$ 190 je US$ liegt immer noch unter dem Spitzenkurs von R$ 225 je US$, der vorübergehend im vergangenen Februar verzeichnet wurde, als die Devisenkrise einen ihrer Höhenflüge vollzog. Die Erfahrung in Argentinien bei solchen Szenarien zeigt, dass nach derartigen Ausuferungen der Kurse meistens eine Beruhigung und Aufwertung eintritt, wie sie

Brasilien bis zu R$ 160 je US$ genoss, aber später unweigerlich neue Abwertungen eintreten, solange die Notenbank munter weiter Geld aus dem Nichts schöpft, als ob ihr der Traum der mittelalterlichen Alchimisten gelungen wäre, künstlich Gold zu prägen. Der Spitzenkurs wird gelegentlich wieder überrundet, ohne dass vorausgesagt werden kann, wann das eintritt. Devisenkurse und Abwertungen lassen sich nur tendenziell, aber niemals punktuell voraussagen.

Da die brasilianische Regierung wie die Katze das Mausen ihrer Geldschöpfung nicht lassen kann, muss man sich damit abfinden, dass die Realabwertung stets lauert und gelegentlich eintritt. Indessen dürfte die kommende Abwertung nicht wie ab Januar ohne grössere Folgen auf die Anpassung der Lohnsummen über die Bühne gehen. Eine 50prozentige Abwertung wie seit Januar mit geringen Lohnzulagen wird sich, je mehr abgewertet werden wird, desto deutlicher auf Löhne und Preise im Inland auswirken. Das nimmt der Abwertung ihre Facette des unlauteren Wettbewerbes, die man zumal in Argentinien verspürt. Bisher hatte sich der Realkurs zum Peso gleich Dollar etwa auf der gleichen Höhe unter Einbeziehung der Preiskorrektur nach den Grossistenpreisen in Argentinien und Brasilien wie vor acht Jahren gehalten, als Argentinien seine Währung erfolgreich stabilisierte, weil die Zentralbank seither kein Geld aus dem Nichts mehr schöpft und deshalb die Parität zum US-Dollar halten kann.

Solange Brasiliens ZB weiter Geld schöpft, sind Devisenkrisen wie gegenwärtig der unausweichliche Schatten, der diesen Geldkörper begleitet. Brasilien schwimmt mit der aktiven Geld- und Kurspolitik deutlich gegen den weltwirtschaftlichen Strom. Das wirtschaftliche Führungsland USA brüstet sich bereits mit gewaltigen Überschüssen im Schatzamt von angenommenen US$ 100 Mrd. im Jahr. Davon werden zwei Drittel zur Schuldentilgung eingesetzt, während die Republikaner im Kongress das andere Drittel für Steuersenkungen und die Demokraten im Weissen Haus für soziale Programme einsetzen wollen, wogegen Fed-Chef Alan Greenspan auch zu Lasten dieses Drittels für die Schuldentilgung plädiert, damit bei der Umkehr der Konjunktur eine zusätzliche Verschuldung die schwache Nachfrage stützt. Das nennt sich antizyklische Konjunkturpolitik.

Andere Länder schreiben ebenfalls schwarze Zahlen in ihren Haushalten. Auch Deutschland bemüht sich neuerdings redlich um den Abbau des Defizits, während sich Italien immer noch schwer tut, das Restdefizit abzuwürgen. Überall wird Fiskaldisziplin gepredigt, damit die Staatsschulden abnehmen, nur Brasilien steuert den gegenteiligen Kurs mit Geldschöpfungen und Abwertungen. Wie lange noch, da die Volksgunst dem wiedergewählten Präsidenten Fernando Henrique Cardoso nicht mehr gnädig ist?

Oberster Gerichtshof bestimmt Zahlungen für $ 4 Mrd. an Offiziere i.R.

Der Oberste Gerichtshof hat Tausenden von Offizieren im Ruhestand das Anrecht auf eine Lohnsumme anerkannt, die nur den Offizieren im aktiven Dienst gewährt worden war. Insgesamt, wenn alle Berechtigten ihren Anspruch stellen, soll es sich um einen Betrag in einer Grössenordnung von $ 4 Mrd. handeln, der angeblich in Form von Staatspapieren gezahlt werden soll.

In den ersten Jahren der Menem-Regierung wurde den Militärs eine Zusatzentlöhnung wegen „Instabilität des Residenzortes“ gewährt, die nicht als Lohnsumme betrachtet wurde, so dass sie denjenigen nicht gewährt wurde, die sich schon im Ruhestand befanden. Mehrere dieser Offiziere erhoben dennoch Anspruch auf diesen Betrag und reichten Klage vor Gericht ein. Einige Bundesrichter im Landesinneren haben diesen Klagen stattgegeben, wobei die Urteile vom Staat nicht appelliert wurden (was eine Schlamperei war) und die Kläger den Betrag erhielten. Somit ergab sich die anormale Lage, dass Offiziere niedrigeren Ränge gelegentlich höhere Bezüge erhielten als andere höherer Ränge, von denen viele Klage vor Bundesgerichten der Bundeshaupstadt eingereicht hatten, die sie jedoch zurückgewiesen haben. Bei der Berufung gab die Kammer jedoch den Militärs dann allgemein Recht, und der Oberste Gerichsthof hat dies jetzt bestätigt.

Das Problem ist entstanden, weil die Regierung den Fall juristisch falsch behandelt hat. Eine Gehaltszulage muss laut geltendem Gesetz sowohl den Offizieren im aktiven Dienst, wie auch denjenigen gezahlt werden, die sich im Ruhestand befinden. Dies gilt auch, wenn die Zulagen anders benannt werden. Es wäre also notwendig gewesen, dieses Gesetz ausser Kraft zu setzen. Cavallo hat zwar allgemein diese Verkettungsysteme abgeschafft, aber nicht in diesem konkreten Fall, was den Richtern die Möglichkeit gegeben hat, gegen den Staat zu entscheiden.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche bei den wichtigsten Banken für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,4% auf 474,56, der Burcapindex fiel im gleichen Zeitraum um 0,7% auf 892,40, ebenso fiel **der Börsenindex um 0,6% auf 18.807,55**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) blieb in der Berichtswoche unverändert auf $ 0,7275.

***

Das Wirtschaftsforschungsinstitut FIEL sieht für dieses Jahr einen Rückgang des Bruttoinlandproduktes (zu Marktpreisen) von 4,3% vor, für das Jahr 2000 ein Wachstum von 1,9%, das bei optimistischer Schätzung auf 3,4% steigen und bei pessimistischer auf 0,3% fallen kann. Für das Jahr 2001 liegt die Grundschätzung bei 3,2%, und in den zwei Varianten bei 3,9% und 3,4%.

***

Die Zahl der notariellen Urkunden über Immobilienübertragungen in der Bundeshauptstadt lag im 1. Halbjahr 1999 um 20,3% unter der gleichen Vorjahresperiode.

***

Die Reglementierung der Gesetzgebung über Leasinggeschäfte nach Gesetz 24.441 wurde per Dekret 872/99 geändert. Die Raten die während der Miete des Leasing-Objektes gezahlt werden, werden als Anzahlungen für das Kapital gewertet, weshalb sie von der Steuer auf Zinsen und Finanzkosten befreit sind. Desgleichen werden die Verkäufer von dieser Steuer ausgenommen. Bei Abschlüssen in Fremdwährungen unterfallen Kursgewinne den Bestimmungen über Gewinnsteuern, wie Unterstaatssekretär für Banken und Versicherungen, A. Quiroga López erklärte. Das Gesetz verbessere die Bedingungen für Leasinggeschäfte, doch würden diese erst in Gang kommen, wenn die seit März im Abgeordnetenhaus liegende Gesetzesvorlage, die bereits von 3 Parlamentskommissionen gutgeheissen wurde, herauskommt. Das Projekt bestimmt, dass die MWSt. auf die Raten und nicht auf den Endpreis bezahlt wird. 1998 haben sich 6 Leasing-Firmen etabliert, und 9 Banken befassen sich damit. Zusammen haben sie Leasingverträge für $ 400 Mio. abgeschlossen. Mit dem neuen Gesetz könne der Jahresbetrag leicht verzehnfacht werden.

***

Die Regierung von Buenos Aires Stadt hat den Bericht des Staatssekretariates für Wirtschaftsplanung zurückgewiesen, in dem Schulden der Stadt von $ 2,18 Mrd. aufscheinen. Die Schuld betrage $ 864 Mio. Das seien 26,5% der Einnahmen. Die Schuld stamme aus der Verwaltung Domínguez, die $ 1,16 Mrd. Verschuldung hinterlassen hat, die teilweise bezahlt und teilweise durch den Tangobond umgeschuldet wurde. Der Staat fordere ferner $ 1,46 Mrd. die einer gemeinsamen Kommision zur Begutachtung vorliegen. Die Stadt fordert vom Staat $ 2,12 Mrd. für Übertragungen von Gesundheits- und Erziehungsdiensten, sowie $ 1,54 Mrd. Schulden ehemaliger öffentlicher Dienste an das Städtische Steueramt.

***

Pérez Companc hat Obligationen für U$S 400 Mio. mit Fälligkeit im Juni 2000 frühzeitig eingelöst, teils mit Eigenmitteln, teils aus der Auflage von Bonds für U$S 200 Mio. auf 7 Jahre. Damit hat das Holding keine bedeutenden Fälligkeiten bis zum 2. Halbjahr 2001.

***

Die Pizza Cero Kette stellt die neue Fabrik in Pilar fertig und will die Produktion nicht nur in ihren Pizza-Shops, sondern auch in Supermärkten absetzen. Für das Vorhaben wurde die Firma Industrias Alimenticias Argentinas gegründet. Die Fabrik im Industriepark von Pilar bedeckt 4.000 qm und wird stündlich 2.500 Pizzas und 700 Dutzend Empanadas herstellen. Ausserdem werden Nachspeisen u.a. geliefert werden.

***

Das Schatzamt hat einen Wechsel für $ 1,21 Mrd. auf 7 Jahre ausgestellt, mit dem alte Schulden aus Darlehen mit Garantien des Schatzamtes an defizitäre Staatsbetriebe beglichen werden. Die Zahlung erfolg aufgrund des Dekretes Nr. 857/99 (Amtsblatt vom 11.8.99). Unter den Schuldnern befinden sich AFNE (Astilleros y Fabricaciones Navales del Estado) mit $ 51,4 Mio., Fabricaciones Militares

mit 124,5 Mio., das Verteidigungsministerium mit 361,5 Mio., die ehemalige Staatliche Spar- und Versicherungskasse mit $ 158 Mio., Banade (Banco Nacional de Desarrollo) mit $ 297 Mio. und PAMI mit $ 40 Mio..

***

3, 4, und 5sterne Hotels sowie Apart-Hotels haben in Argentinien 1998 U$S 575 Mio. umgesetzt und für U$S 1,62 Mrd. investiert, wie ihr Verband mitgeteilt hat. 1998 waren im Durchschnitt 64,8% der Betten (7,08 Mio. Gäste) belegt. 3sterne Hotels setzten U$S 46 Mio. um, 4sterne (Tagestarif U$S 92) U$S 137 Mio. und 5sterne (Tagestarif U$S 270 und mehr) U$S 391 Mio. In diesem Zeitraum zahlten diese Betriebe Provinz- und Gemeindesteuern für U$S 53 Mio. und MWSt. für U$S 121 Mio.

***

Die Privaten Rentenkassen zahlen derzeit für 46.341 Mitglieder Renten, Invaliden- bzw. Sterbegelder. Jeden Monat kommen 800 bis 1.000 Rentenempfänger dazu. Während viele Rentner nach dem staatlichen System $ 150 im Monat erhalten (200.000 davon erhalten $ 200 durch die Armutszulage), liegen die Mindestrenten der privaten Kassen zwischen $ 350 und 450 im Monat.

***

Die Gasförderung erreichte im Juni den Rekord von 124,7 Mio. cbm/Tag, wie das IPAG-Institut bekanntgab. Im Vorjahresvergleich seien das um 12,7% mehr. Die Erdölförderung ging im selben Vergleich um 5,8% auf 127.866 cbm/Tag zurück.

***

Die französische Accor-Hotelkette, die im Januar ihr erstes argentinisches Hotel in Mendoza eröffnete, hat ein Grundstück in Buenos Aires, Hipólito Irigoyen Ecke Cevallos, erworben, um auch hier ein Hotel zu bauen. Die Investition für das 5sterne Hotel mit 160 Zimmern liegt bei U$S 30 Mio.

***

Die Wirtschaftsführung hat die Rückvergütungen für Reis um 10% angehoben, um die Ausfuhr von 170.000 t für U$S 30 Mio. nach Iran zu ermöglichen.

***

Erziehungsminister Manuel G. García Solá, weist in einem Artikel in der Zeitung „Clarín“ darauf hin, dass das Budget der nationalen Universitäten von $ 969 Mio. 1989 auf $ 1.809 Mio. im Jahr 1999 angehoben worden sei, wobei beide Beträge in Pesos von 1999 ausgedrückt werden. Obwohl in dieser Periode die Zahl der Studenten zugenommen hat, stiegen die Staatsausgaben pro Student von $ 1.500 auf $ 2.000. Während der Regierung von Alfonsín nahm das Universitätsbudget (stets in konstanten Werten) von $ 1.011 auf $ 969 Mio. ab. García Solá meint, die Universitäten, die autonom sind, sollen sich um die Erhöhung der Effizienz bei der Verwendung der Mittel kümmern, ebenso um andere Finanzierungsquellen, was eine Anspielung auf die Zahlung von Gebühren durch die Studenten ist.

***

Das Braunkohlenbergwerk von Rio Turbio der ehemaligen YCF (Yacimientos Carboníferos Fiscales) hat den seit 1986 unübertroffenen Produktionsrekord von 345.000 Jato zum 30.6. mit 360.000 Jato gebrochen. Das 1993 durch Privatisierung an ein Konsortium aus IATE und der Stromarbeitergewerkschaft Fatlyf zugeschlagene Bergwerk hat einen Liefervertrag für das von der US-Firma AES kontrollierte Wärmekraftwerk in San Nicolás, der 2003 abläuft. Die Produktivität der Mine solle mit deutschen Maschinen aus einem stillgelegten Bergwerk in Chile weiter gesteigert werden.

***

Die Wirtschaftsführung arbeitet an einer Art Bradyplan für Provinzen, die wie Tucumán und Corrientes Zahlungsschwierigkeiten haben. Die Provinzabgeordneten, die mit Präsident Menem über die Vorlage berieten, legten auch eine Gesetzesvorlage für die Ausgabe von Bonds auf 20 bis 30 Jahre vor, um die Verpflichtungen der Provinzen umzuschulden.

***

Gemäss einer Studie des Informatikunternehmens Microsoft Argentina, beträgt die Zahl der persönlichen Computer (PC) in Argentinien per 30. Juni 1999 1,84 Mio, gegen 1,71 Mio. im Vorjahr. Davon befinden sich 35% in Haushalten, 33% bei kleinen und mittleren Unternehmen, 13% bei Grossunternehmen, 12% bei privaten Organisationen und 6% in Schulen. Vom Gesamtbestand sind fast 60% sogenannte „Clone“, also PCs ohne Marke, die meistens im Lande zusammengebaut werden. Von den Marken-PC hat Compacq mit 14% den grössten Anteil, gefolgt von IBM mit 12%, Hewlett Packard mit 9%, Acer mit 7% und Epson mit 2%.

***

Durch Beschluss 392/99 des Schatzsekretariates (Amtsblatt vom 18.8.99) wurde die Ausgabe von Schatzscheinen (Bontes) für US$ 100 Mio. mit 5 Jahren Laufzeit (Verfalldatum am 11.8.2004) und einem Zinssatz von 9,57% jährlich verfügt, wobei die Zinsen jedoch kapitalisiert werden, so dass am Verfalltermin U$S 157,93 Mio. für jeden U$S 100 Nennwert gezahlt werden. Weitere Titel für U$S 100 Mio. mit 10 Jahren Laufzeit werden zu 10,27% verzinst, so dass der Rückzahlungsbetrag U$S 265,74 Mio. beträgt. Eine weitere Serie von U$S 100 Mio. hat 15 Jahre Laufzeit und einen Zinssatz von 10,97%, so dass am Schluss U$S 476,42 Mio. angezahlt werden. Eine letzte Serie von U$S 200 Mio. hat 20 Jahre Laufzeit und wird zu 11,67 Mio. verzinst, so dass die Rückzahlung U$S 1,818,18 Mio. beträgt. Diese Titel dienen als Garantie bei der Umstrukturierung von Schulden kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber Banken, gemäss Mitteilungen der ZB 34.707 vom 24.6.99 und A 2935, 2936 und 2937 vom 25.6.99.

***

Durch Beschluss 571/99 des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau (Amtsblatt vom 18.8.99) wird ein Register von Unternehmen geschaffen, die sich der bezahlten Verschrottung von Kfz widmen.

***

Durch Beschluss 19/99 des Komitees für Importkontrolle („Control de preembarque“, Amtsblatt von 18.8.99) wurden Kunstwerke, Gegenstände für Sammlungen und Gegenstände, die über 100 Jahre alt sind, von der privaten Importkontrolle ausgenommen. Kunstwerke zahlen ohnehin auf Grund des Gesetzes 24.633 keinen Zoll und auch keine Gebühren. Die Preiskontrolle ist bei diesen Objekten sehr schwierig und ohnehin, wegen der sehr geringen Bedeutung dieser Importe, überflüssig.

***

Peñaflor hat von der chilenischen Santa Carolina das 65%ige Kontrollpaket der Weinkellerei Santa Ana, die im Vorjahr ihr 100. Jubiläum feierte, erworben und damit den 2. Kauf in 45 Tagen getätigt. 35% von Santa Ana bleiben in Händen der Gründerfamilie Basso. Die Chilenen hatten die 65% von Santa Ana 1996 für etwa U$S 20 Mio. erworben. Der jetzige Preis wurde nicht bekanntgegeben. Peñaflor, eines der grössten argentinischen Getränkeholdings (Vorjahresumsatz U$S 198 Mio., Gewinn U$S 10 Mio.), gehört zu 72,5% C.A. Pulenta und zu 20% dem US-Investmentfonds DLJ. 7,5% gehören Frau Lilia Pulenta de Muñoz.

***

Das Industriesekretariat hat Interessengruppen der Kfz-Branche ein Projekt zur Begutachtung vorgelegt, demzufolge ein Billigwagen mit einer festen Subvention von $ 2.300 pro Einheit hergestellt werden soll. Auch Landwirtschaftsmaschinen sollen durch die Subvention um 10% billiger werden. Die Subvention soll durch einen Bond erfolgen, den die Unternehmen gegen Steuern verrechnen können. Das Kfz muss hohen Umweltauflagen genügen und die Blechteile zu 100%, der Antrieb zu 60% bis 70% heimischer Fertigung sein.

***

Das Landwirtschaftssekretariat schätzt die Weizenaussaat für das Erntejahr 1999/2000 um 12,9% über jener des Vorjahres auf 5,62 Mio. ha. Es wird die 3.grösste Aussaat der letzten 8 Jahre sein. Die Weizenprovinzen Santa Fe, Córdoba und Entre Rios haben die Saatfläche erhöht, was in den Provinzen Buenos Aires und La Pampa wegen der Überschwemmungen nicht möglich war. Das Ernteergebnis wird auf 15,9% unter dem des Rekordjahres 1997/98 angenommen.

***

Die Supermarktkette Coto dehnt ihre Tätigkeit auf den internationalen Fleischmarkt aus. Für U$S 3 Mio. erwarb sie 100% des Schlachthauses Uno Mas, das eine Zuteilung von 500 t der Hiltonquote hat und im Vorjahr U$S 44,3 Mio. umgesetzt hat, davon U$S 8,1 Mio. durch Ausfuhren. Coto steht in längerer Geschäftsverbindung mit

Gasleitung von Jujuy nach Chile eingeweiht

Präsident Menem hat mit seinem chilenischen Kollegen Eduardo Frei die Anlagen von GasAtacama, der dritten Erdgasleitung von Argentinien nach Chile, eingeweiht. Das Vorhaben schliesst eine 940 km lange Erdgasleitung ein, die von Cornejo, in der Provinz Salta, über Jujuy nach Chile führt. Mehrere Abzweigungen beliefern verschiedene Verbraucher, Haushalte und Industrien auf beiden Seiten der Andenkette mit Gas. Die Leitung endet im chilenischen Hafen Mejillones, wo sie ein Wärmekraftwerk mit 740 MW Leistung versorgt, das ebenfalls Teil des Gesamtprojektes ist. Die Erdgasleitung wird eine bedeutende Förderung des Bergbaues und der Industrie in der Provinz Jujuy mit sich bringen und in Chile die Stromversorgung von Industrien und Hafenanlagen gestatten.

Der Bau begann 1997 auf der chilenischen und 1998 auf der argentinischen Seite. Die ersten Probelieferungen von Erdgas konnten im Mai 1999 durchgeführt werden. GasAtacama gehört zu gleichen Teilen der CMS Energy, USA und Endesa Chile, einem Tochterunternehmen der spanischen Endesa.

In zwei Monaten wird die Erdgasleitung von NorAndina in Betrieb genommen werden, die von Tartagal, in der argentinischen Provinz Salta, bis nach Tocopilla, in Chile führt. Ihre Inhaber sind Tractebel, Belgien, Edelnor, Chile und Southern Energy, USA. Obwohl einige Fachleute von zwei konkurrierenden Erdgasleitungen über die Anden abgeraten hatten, haben beide Firmengruppen ihre Vorhaben durchgeführt. Es soll Verhandlungen über einen Zusammenschluss gegeben haben, bei denen keine Einigung erzielt werden konnte.

Uno Mas und besitzt auch ein Schlachhaus für 25.000 Stück Vieh im Monat, im Vorort Gonzalez Catán, das jedoch nicht exportfähig ist.

***

Der Industrieproduktionsindex der Fiel Stiftung, der durch mehrere Monate in Folge starke Rückgänge verzeichnete (im Juni, im Vorjahresvergleich, 14,2%), zeigte im Juli, mit minus 12,2%, eine Verlangsamung der Schrumpfung. Gegenüber dem Vormonat hat der Produktionsindex um 1,2% zugelegt.

***

Das Erdölinstitut IAPG (Instituto Argentino de Petróleo y Gas) gab für Juni, im Vorjahresvergleich, den Rückgang der Erdölförderung um 5,8% bekannt. Nach 9 Jahren ständiger Zunahmen hat der Preisverfall bewirkt, dass nur die Hälfte der bis vor 2 Jahren eingesetzten Förderanlagen in Betrieb sind. Die Gasförderung lag allerdings mit 124,76 Mrd. cbm um 12,7% über Juni 1998.

***

Buenos Aires Stadt erhielt einen Weltbankkredit von U$S 6,54 Mio. um die Regenwasser-Entsorgung zu verbessern. Besonders soll die Überschwemmungsgefahr bekämpft werden.

***

Zum Umweltschutz hat die Verwaltung der Vorstadt Avellaneda gesetzliche Massnahmen eingeleitet, um den Grundbesitz von insgesamt 56 Gerbereien zu enteignen, die vorwiegend die Sarandí- und Santo Domingo Bäche verseuchen. In spätestens 2 Jahren müssen die Gerbereien den Betrieb in den am Ufergebiet des La Plata zu schaffenden Industriepark verlegen, der von einem Ökogürtel umgeben sein muss. Die Gerbereien setzen in Avellaneda U$S 200 Mio. im Jahr um und bestreiten 25% der Lederausfuhren des Landes. In öffentlichen Anhörungen, die unter der Aufsicht von Transparency International abgehalten wurden, sprachen sich die meisten Einwohner für die Umwandlung der freigewordenen Werksgelände in Parkanlagen aus, da Avellaneda einer der Vororte mit den wenigsten Grünflächen pro Einwohner ist.

***

Durch Beschluss 285/99 des Landwirtschaftssekretariates (Amtsblatt vom 20.8.99) wurde die durch Dekret 880/99 bestimmte Subvention von 3 Punkten auf Zinsen für Landwirte reglementiert. Die Kontingente für die einzelnen Banken werden ausgeschrieben und denjenigen Banken zugeteilt, die die niedrigsten Zinsen fordern. Die zugeteilten Quoten müssen binnen 120 Tagen in Form von Krediten an Landwirte vergeben werden, sonst gehen sie verloren. Die erste Ausschreibung, für einen Beitrag von U$S 300 Mio. findet am 30.8.99 statt.

***

Das Gesetzesprojekt über die Herabsetzung der Gasölsteuer, das dem Kongress mit der Unterschrift des Präsidenten Menem und des Arbeitsministers José Uriburu, in Vertretung des einen Tag abwesenden Roque Fernández, zugeleitet wurde, sieht die Abschaffung der Steuer von $ 0,12 auf Gasöl für Landwirte und Transportunternehmen vor, aber gleichzeitig eine Zunahme von $ 0,30 für private Kfz. Dies ist sehr schwer zu kontrollieren. Fachleute haben berechnet, dass diese Massnahme schliesslich dem Schatzamt Einnahmen von etwa einer Milliarde Pesos jährlich entziehen würde.

***

Miguel Kiguel, Unterstaatssekretär für Finanzierung und Chefberater des Wirtschaftsministers, erklärte, das BIP werde dieses Jahr nominell um 5% abnehmen, real jedoch um 3,5%, da die Deflation berücksichtigt werden müsse.

***

Die monatliche Schätzung der Industrieproduktion des statistischen Amtes (INDEC) ergibt, dass Juli sich um 14% unter Juli 1998 befindet, jedoch um 1% über Juni liegt, ohne Saisonbereinigung, und um 2% niedriger mit dieser Korrektur. Die ersten 7 Monate 1999 liegen um 11% unter dem Vorjahr. Staatssekretär Alieto Guadagni wies darauf hin, dass in den letzten Monaten die Abnahme im Verhältnis zum Vorjahr voraussichtlich geringer sein werde, einmal, weil eine leichte Produktionszunahme erwartet wird, und dann weil die Basisdaten des Vorjahres niedrig sind, da die Rezession schon eingesetzt hatte. Die Juli-Zahlen wären ohne den Verschrottungsplan alter Kfz noch ungüsntiger ausgefallen.

***

Staatssekretär Alieto Guadagni wies darauf hin, dass der Plan, durch den Kfz von 10 und mehr Jahren, wenn sie verschrottet werden, einen Bonus erhalten, der für den Kauf einer neuen Einheit eingesetzt werden kann, bei 100.000 Einheiten (es sind schon 80.000) einen Überschuss für das Schatzamt von $ 18 bis $ 20 Mio. ergibt. Die Steuern, die beim Verkauf einer neuen Einheit entrichtet werden, übertreffen die Subvention. Somit macht der Fiskus hier ein gutes Geschäft, wobei ausserdem die Industrietätigkeit angespornt wird und Arbeitsplätze geschaffen werden.

***

Das Staatsdefizit lag im Juli mit $ 709,5 Mio. unter dem von $ 845 Mio. des gleichen Vorjahresmonats. Die Verringerung wurde durch eine Erhöhung der Einnahmen um $ 197,2 Mio. erreicht, die auf die Einnahmen zurückzuführen ist, die der Staat durch die Vergebung der Konzession für das PCS-Telefonsystem erzielte. Die Ausgaben lagen um $ 61,7 Mio. über dem Vorjahr. In den ersten 7 Monaten des Jahres 1999 lag das Defizit bei $ 3.088,3 Mio., von denen $ 169 Mio. abgezogen wurden, die den Überschuss bei den quasifiskalischen Konten darstellen. Das Defizit hält sich an das Abkommen mit dem IWF.

***

Ein Handelsgericht hat die Zwangsvollstreckung gegen Harronds bis zum 31.8.99 verschoben, um der Firma die Möglichkeit einer Einigung mit den Gläubigern zu geben. Die Firma ist für rd. U$S 16 Mio. gepfändet, darunter vom ehemaligen staatlichen Wasserwerk für U$S 1,5 Mio., ferner von der Bank von Santa Fe und der Banca della Swissera Italiana, und von ehemaligen Angestellten und Lieferanten. Wenn bis Monatsende keine Lösung gefunden wird, werden die vom Richter ernannten Immobilienfirmen Vinelli und Llauró die Versteigerung einleiten. Da es sich um ein Objekt von rd. U$S 30 Mio. handelt, werden die notwendigen Amtswege einige Wochen in Anspruch nehmen.

***

Mit der Einweihung des Hilton Hotels am 31.12.99 wird das vom Unternehmer A. González, dem ehemaligen Inhaber von Imágen Satelital, begonnene Urbanisierungsprojekt Madero Este eingeleitet, das eine Investition von U$S 300 Mio. vorsieht. Standort ist das Gebiet um das ehemalige Dock 3 des Maderohafens. Geplant ist u.a. ein 5sterne Hotel mit Konventionssälen und einem Apart-Hotel, 3 Gebäude mit Büroräumen, Wohnbauten und ein Geschäftszentrum mit 19 Kinosälen und der Umbau eines Getreidesilos, das der Firma Molinos gehört hatte und Sitz einer ausländischen Botschaft werden soll.

***

Das Autovermietungs-Unternehmen Localiza Rent-a-Car erwirbt 60% des Franchising-Abkommens der Localiza Argentina vom Kfz-Hersteller Peugeot. Damit besitzt sie 100% der Aktien.

Staat zahlt niedrigere Zinsen

Die Wirtschaftsführung konnte einen doppelten Erfolg buchen: Bei der Auflage eines Eurobonds konnte sie die Risikoprämie des Landes verringern und gleichzeitig den Finanzierungsbedarf bis Jahresende unter die Milliardengrenze bringen.

Die Auflage von E 100 Mio. gleich U$S 106,8 Mio. ist Teil des Bonds für insgesamt E 250 Mio. vom 11. dieses Monates. Er wurde zu 8,5% Jahreszinsen in der Ausgabewährung zu 99,78% des Nennwertes ausgegeben. Das entspricht in Dollar einer Jahresrendite von 11,36% bzw. 564 Basispunkten ber entsprechenden T-Bonds. Der Jahreszinssatz wurde bei dieser Tranche beibehalten, doch der Ausgabepreis auf 99,95% des Nennwertes hinaufgesetzt, was in Dollar 11,12% bzw. 547 Basispunkte ber T-Bonds Jahreszinsen als Rendite ergibt, womit das argentinische Länderrisiko um 17 Basispunkte gesenkt werden konnte. Auch die Laufzeit und die Fälligkeit im Jahr 2001 blieben unverändert.

Im Juli hatte die Wirtschaftsfhrung Wechsel auf ebenfalls zwei Jahre ausgegeben. Der Zinssatz betrug damals 12,31/12,37% und in diesem Monat, auf ebenfalls 2 Jahre, 12,14/12,67%. Der Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand liegt nun bis Jahresende bei U$S 980 Mio. Dadurch wird es der Wirtschaftsführung möglich sein, fr das kommende Jahr ein Finanzierungspolster zu schaffen.

Indikatoren der Industrieproduktion
(Juli 1999)

	Änderung in % gegenüber		Änderung in % im Zeitraum	
	Vormonat	Vorjahresmonat	7 Mon. 99/98	Letzte 12Mon.
Endprodukte				
Kfz	0,6	-43,2	-47,1	-32,9
Zwischenprodukte				
Stahl (Binnenmarkt)*	-17,4	-41,1	-29,3	-25,6
Aluminium (Binnenm.)*	8,9	-17,3	-14,4	-2,5
Zement (Binnenmarkt)	-11,4	-8,0	3,1	1,6
Allgem. Indikatoren				
Strom an Industrie	2,7	-5,7	-6,0	-1,9
Erdgas an Industrie	-4,4	-9,6	-6,6	-4,5
Kredite an Privatwirtsch.	-0,1	5,2	8,7	10,5
Wohnbauhypokredite	0,4	6,9	12,4	20,0
Absatz der Supermärkte	-3,0	-1,6	-0,4	4,3
Baugewerbe	-1,0	1,6	-4,4	-2,1
Öffentl.Dienstleistungen	-2,0	5,8	7,2	7,2

* Prod. Juli 99/Juli 98: Aluminium +5,3%, Stahl -1%

Quelle: Sekretariat für Industrie, Handel und Bergbau

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	28.6.99	7.7.99	12.7.99	19.7.99	26.7.99	6.8.99	12.8.99	13.8.99
Gold, Devisen u. Anlagen	24,07	24,81	25,33	25,46	25,08	24,66	24,79	24,46
Staatspapiere	1,56	1,50	1,48	1,46	1,53	1,56	1,55	1,55
Internat. Reserven ZB	25,63	26,31	26,81	26,92	26,62	26,22	26,35	26,01
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,12	7,40	7,03	7,05	7,21	7,49	7,26	7,38
Währungsreserven des Finanzsystems	32,75	33,71	33,84	33,97	33,81	33,71	33,61	33,40
Notenumlauf	13,89	14,54	15,48	15,03	14,72	14,85	15,30	15,00
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,07	0,16	0,21	0,01	0,06	0,10	0,12
Monetäre Passiven	13,92	14,61	15,48	15,24	14,74	14,91	15,40	15,12
Nettosaldo Swaps	10,32	10,23	9,86	10,26	10,43	9,79	9,43	9,35
Depositen der Regierung	1,23	1,73	1,60	0,88	0,68	0,99	1,26	1,38
Finanzpassiven	24,24	24,90	25,35	25,50	25,17	24,70	24,82	24,47

Quelle: Zentralbank